



HAUSHALT 2009: GRÜN AUS DER KRISE

Für Klima- und Umweltschutz, Bildung und mehr Gerechtigkeit

Besonders in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, den Zukunftsbereichen Bildung und Wissenschaft, aber auch bei der Kinderbetreuung und dem Ausgleich zwischen Arm und Reich muss sich das Land Hessen erheblich mehr anstrengen. Hier wurden von CDU und FDP keine neuen Akzente gesetzt. Trotz einer Rekordverschuldung von drei Milliarden Euro

Hessen in Klima-, Umweltschutz und Verkehrspolitik voranbringen

ist Hessen mit dem von der Landesregierung vorgelegten Haushaltsentwurf nicht für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet.

Um Hessen auf den Weg einer nachhaltigen Klima-, Umwelt- und Ver-



Foto: Gerd Altmann / pixelio.de

kehrspolitik zu bringen, haben DIE GRÜNEN 94 Millionen Euro mobilisiert. Allein durch das Umlenken der Mittel aus dem kapitalintensiven Straßenbau in den Zukunftsbereich

Klimaschutz und Umwelt könnten im laufenden Jahr 2.000 zusätzliche Jobs in Hessen entstehen.

Mit 22 Millionen Euro zusätzlich soll eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gefördert werden. Busse und Bahnen, innovative Projekte zur Förderung des Radverkehrs und die Verlagerung des

Bildung und Wissenschaft

Güterverkehrs auf die Schiene sollen bezuschusst werden. Zudem soll festgeschrieben werden, dass neue Straßen grundsätzlich nur dann geplant werden, wenn sie im Bundesverkehrswegeplan als „Maßnahmen des vordringlichen Bedarfs“ gelten.

Fortsetzung Seite 2



REGIERUNG: OHNE PERSPEKTIVE & IDEEN

100-Tage-Bilanz von Schwarz-Gelb

Die CDU/FDP-Landesregierung hat keine Vorstellung davon, wie Hessen am Ende der Legislaturperiode aussehen soll. Sie hat in den ersten 100 Tagen keine Vorstellung entwickelt, wie die Entwicklungsmöglichkeiten Hessens genutzt und damit die Zukunft gesichert werden soll.

Ministerpräsident Koch ist nach dem Fehlstart bei seiner Wahl zum Ministerpräsidenten, bei der ihm vier Stimmen aus den eigenen Reihen fehlten, angeschlagen. Kultusministerin Henzler glänzt durch Pannen anstatt die Probleme der Schulen zu lösen und die

Die Landesregierung wirkt schon jetzt ausgebrannt

anderen Ministerinnen und Minister wursteln meist ziellos vor sich hin. Der Eindruck des Ausgebranntseins, der sich schon in der uninspirierten

Koalitionsvereinbarung manifestierte, setzt sich im Regierungsalltag fort. Dies zeigt sich gerade auch in der Ausgestaltung des hessischen Konjunkturprogramms. Diese Millionen werden – mit Ausnahme des Themas Bildung – relativ wahllos ausgegeben und viel zu wenig in Zukunftsfelder wie Breitbandversorgung im ländlichen Raum oder Energieeffizienz gesteckt.

Koch ungewohnt blass

Auch die FDP-Minister bringen keinen neuen Wind in das Regierungshandeln. Die hessischen Bürgerinnen und Bürger haben das Nachsehen. In den Wochen nach dem Fehlstart bei seiner Wahl als Ministerpräsident war Roland Koch offensichtlich so intensiv damit beschäftigt, den Aufstand in der CDU möglichst klein zu halten, dass er nicht

dazu kam, sich um seine Aufgaben als Ministerpräsident zu kümmern.

So hat er auch als CDU-Landesvorsitzender bei der Aufstellung der Liste zur Europawahl eine Schlappe hinnehmen müssen, als die von ihm gewünschten Kandidaten glatt durchgefallen sind. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich auch in der Landes-CDU normale demokratische Prozesse entwickeln. Es bleibt zu hoffen, dass sich die CDU-Landtagsfraktion jetzt auch selbstbewusst zu Wort meldet, wenn die Landesregierung offensichtlich keine Vorstellung von der Zukunft mehr

Keine Antworten

hat. Wir bedauern allerdings, dass auf die entscheidenden Fragen für die Zukunft Hessens von dieser schwarz-gelben Landesregierung keine Antworten gegeben werden.



HAUSHALT 2009: GRÜN AUS DER KRISE

Fortsetzung von Seite 1

Zusätzliche 82 Millionen Euro müssen nach unseren Vorstellungen in die Bereiche Bildung und Wissenschaft fließen, damit hier Hessen endlich wieder die Chance hat „vorn“ zu sein. Um die 105prozentige Lehrerversorgung zu erreichen, die von der FDP versprochen, aber bisher nicht einmal ansatzweise verwirklicht wurde, sollen rund 31 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden.

Bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagschulen

Für den bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen sehen wir in einem ersten Schritt zehn Millionen Euro vor. Das Programm „Neue Schule“ für längeres gemeinsames Lernen ist zudem mit fünf Millionen etatisiert. In die wissenschaftliche, aber auch in die betriebliche Ausbildung wollen wir mehr Geld stecken. Mit zu-

sätzlichen 2,5 Millionen Euro soll der Ausbau von Studienplätzen gefördert werden. Für die Frauenförderung an

Kinderbetreuung und Sozialbudget

den Hochschulen wird eine Million Euro zur Verfügung gestellt und für die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zwei Millionen Euro.

Für bessere Kinderbetreuung, mehr soziale Gerechtigkeit und zur Bekämpfung der Armut sehen es DIE GRÜNEN als notwendig an, rund 25 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Kinder sollen weiterhin in den Mittelpunkt gestellt werden, und wir wollen es erreichen, dass für 40 Prozent der Kinder unter drei Jahren bereits 2011 Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Zur Finanzierung unserer zusätzlichen Ausgabenwünsche schlagen wir ein Bündel

von Einsparungen, Umschichtungen und Einnahmeerhöhungen vor. Unter anderem halten wir es für dringend geboten, die nach dem Regierungs-

Finanzierung durch Einsparungen und Mehreinnahmen

eintritt der FDP geschaffenen neuen Ministerialstellen auf das notwendige Maß zu beschränken und den Personalaufwand um 2,5 Millionen Euro zu vermindern. Darüber hinaus gehen wir davon aus, Mehreinnahmen aus der Einführung des Wasser-Cents zu erzielen. Weitere wesentliche Einsparpotenziale würden durch Kürzungen im Straßenbau und die Streichung von erwiesenermaßen unrentablen Großprojekten wie dem Flugplatz Kassel-Calden und dem vollkommen illusionären „Ferienresort Beberbeck“ genutzt.



ERZIEHERINNENMANGEL

Regierung kapituliert – GRÜNE legen Aktionsplan vor

Die Ankündigung von Minister Banzer (CDU), die Umsetzung der Mindestverordnung für Kinderbetreuung bis zum September 2012 zu verschieben kann man als Kapitulation vor dem drängenden Problem einer besseren Kinderbetreuung bezeichnen. Anstatt sich um die Problematik des ErzieherInnenmangels und des fehlenden Geldes rechtzeitig zu kümmern, richtet Herr Banzer einen Verschiebebahnhof ein. Verlierer sind Kinder und ihre Eltern.

Verlierer sind Kinder und ihre Eltern

Im Gegensatz zur Landesregierung hat die GRÜNE Landtagsfraktion einen Aktionsplan vorgelegt, der dem sich abzeichnenden Notstand an Erzieherinnen und Erziehern vorbeugen soll. Er enthält ein Sofortprogramm, durch das beginnend ab dem Schuljahr 2009/2010 500 neue Ausbildungsplätze an den Fachschulen für Sozialpädagogik und an den Berufsfachschulen für Sozialassistenten ge-

schaffen werden sollen. Dafür wollen die GRÜNEN in den kommenden vier Jahren jeweils 2,5 Millionen Euro, also insgesamt zehn Millionen Euro, zur Verfügung stellen.

Hessen droht ein Mangel von 5600 Fachkräften

Zudem sollen in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit den etwa 1500 arbeitslosen Erzieherinnen und Erziehern durch besondere Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert und arbeitslosen Personen aus verwandten Berufen Umschulungen angeboten werden. In den kommenden Jahren gibt es in Hessen einen Gesamtbedarf von 8700 Erzieherinnen und Erziehern. Damit droht ein Mangel von 5600 Fachkräften. Schon um den von allen gewollten Ausbau der Betreuungsplätze von Kindern unter drei Jahren abzusichern wird starker Personalzuwachs notwendig. Dieser Mangel wird durch einen zu erwartenden weiteren Personalarückgang verschärft.

In Hessen sind knapp 3.000 Fachkräfte über 55 Jahre alt, 500 gar über 60 Jahre. Gleichzeitig ist die Zahl der Studierenden an Fachschulen rückläufig, 2003 waren es 1.300, 2007 nur noch 1.200 Studierende.

Den Beruf attraktiver machen

Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass der Beruf attraktiver wird und mehr junge Menschen für diese Ausbildung motiviert werden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf zukünftigen Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund, weil der Anteil dieser Kinder in den größeren Städten bereits heute weit über 30 Prozent liegt, während der Anteil von Personal mit Migrationshintergrund verschwindend gering ist. Da der Anteil des männlichen Personals in Kindertagesstätten nur bei rund fünf Prozent liegt, Mädchen und Jungen aber männliche und weibliche Vorbilder brauchen, sollte auch gezielt um junge Männer geworben werden.





GRÜNER AKTIONSPLAN

Hessen zum Musterland für Zukunftsenergie und Klimaschutz machen

Nach dem völlig unambitionierten Koalitionsvertrag und dem in Punkto Energie- und Klimaschutz enttäuschenden Entwurf des Landeshaushalts, werden wir mit eigenen Gesetzesinitiativen und Haushaltsanträgen Punkt für Punkt die Alternative zu dieser schwarz-gelben Tristesse aufzeigen. Unser ehrgeiziges Ziel für Hessen lautet: 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien im Jahr 2030, 40 Prozent weniger CO₂-Ausstoß im Jahr 2020 und 40.000 neue Jobs in der Umweltbranche.

100 Prozent Ökostrom statt Kohle und Atom

Seit Wochen liegen die beiden Blöcke des Atomkraftwerks in Biblis still, ohne dass die Lichter in Hessen ausgegangen wären. Das zeigt: Wir brauchen diese Risikotechnologie nicht. Mit unserem ausführlichen Konzept „Zukunfts-Energie für Hessen“ haben wir schon vor über zwei Jahren dargelegt, wie unser Bundesland innerhalb von zwei Jahrzehnten nicht nur auf die Atomkraft, sondern auch auf den Neubau von Kohlekraftwerken verzichten und seinen Strombedarf vollständig aus Erneuerbaren Energien decken

kann. Wir legen Gesetzesänderungen vor, mit denen der Vorrang erneuerbarer Energien, Mindestwirkungs-



Foto: Klaus-Uwe Gerhardt / pixelio.de

grade bzw. die Pflicht zum Einsatz hocheffizienter Kraft-Wärme-Koppelung und Mindestleistungen für die einzelnen erneuerbaren Energieträger festgeschrieben werden.

Wärme – Klima schonen, Heizkosten sparen

Die Wärmeversorgung und auch zunehmend Gebäudekühlung verur-

sachen ca. ein Drittel des hessischen CO₂-Ausstoßes. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich enorme Einsparmöglichkeiten, die sich nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich nach kürzester Zeit rechnen. Mit dem Passivhausstandard stehen Technologien bereit, die eine vollständig CO₂-freie Versorgung schon heute ermöglichen. Wir wollen die im Gebäudebereich schlummernden Klimaschutzpotenziale nutzen.

Verkehr – nachhaltige Mobilität voran bringen

Im Verkehrsbereich ist ein Klimaszutzziel von minus 40 Prozent CO₂-Ausstoß am schwierigsten zu erreichen. Eine straßenbau- und flugverkehrsorientierte Verkehrspolitik hat klimaschädliche Strukturen für Jahrzehnte in Beton gegossen und schwarz-gelb tut es leider weiterhin. Dabei ist die Ökologisierung unseres Verkehrssystems eine der drängendsten Aufgaben der kommenden Jahre. In einem klimaverträglichen Verkehrssystem gehört dem Umweltverbund aus Bahn, Bus, Rad- und Fußverkehr der Vorzug vor Auto und Flugzeug.



HESSISCHER KULTURPREIS

Landesregierung stellt sich nicht ihrer Verantwortung

Die Verweigerung von Ministerin Kühne-Hörmann zu Fragen im Zusammenhang mit der Aberkennung des Hessischen Kulturpreises an Navid Kermani Auskunft zu geben ist absolut enttäuschend. DIE GRÜNEN wollten mittels eines Dringlichen Berichtsantrags im Wissenschaftsausschuss Details zur Aberkennung des Preises und zur Begründung der Landesregierung erfahren.

Kein guter Umgang mit dem Hessischen Landtag

Die ausweichenden Nicht-Antworten der Ministerin sind kein guter Umgang mit dem Parlament, und erst Recht kein guter Umgang mit der Öffent-

lichkeit, die Anspruch auf Erklärungen zum Umgang der Landesregierung mit dem ursprünglich nominierten Preisträger hat. Die Landesregierung stellt sich ihrer politischen Verantwortung nicht, sondern versucht sich hinter dem Kuratorium zu verstecken. Für den Hessischen Kulturpreis trägt aber die Landesregierung die Verant-

Durch Ausweichen und Wegducken wird es nicht besser

wortung, denn er ist explizit der Kulturpreis des Landes Hessen und nicht etwa der einer privaten Stiftung. Durch Ausweichen und Wegducken wird es nicht besser, dass bei der diesjährigen geplanten Vergabe offen-

sichtlich mit zweierlei Maß gemessen wurde. Die Landesregierung sollte aber gerade wenn es um den interre-

Eindruck der Ungleichbehandlung wird verstärkt

ligiösen Dialog geht, nicht parteiisch sein, wie sie es mit der Entscheidung für die Aberkennung des Preises an Navid Kermani offensichtlich war, vielmehr ist sie zur Neutralität verpflichtet. Gerade deutsche Muslime gewinnen den Eindruck, dass so nur mit Muslimen, nicht aber mit Juden oder Christen umgegangen würde. Dieser Eindruck wird durch das Schweigen der Landesregierung nicht ausgeräumt, sondern geradezu gestärkt.





ZUSTIMMUNG ZUR OPEL-BÜRGSCHAFT

Chance für eigenständigen, zukunftsfähigen Autokonzern

Die vom Landtag beschlossene Übernahme einer Kreditbürgschaft in Höhe von 447 Mio. Euro gibt Opel und damit dem Bundesland Hessen eine Zukunftschance. Ein traditionsreiches hessisches Unternehmen mit großen Potentialen auf dem Automobilmarkt bekommt die Chance, als neuer eigenständiger Konzern fortgeführt zu werden. Ob diese Möglichkeit genutzt wird und langfristig zu einer guten Zukunft für OPEL führt, hängt auch davon ab, dass die Zeichen der Zeit jetzt endlich in neue Produkte umgesetzt werden. Ausschlaggebend dafür ist

Forschung und Entwicklung in Hessen halten

vor allem, dass das Forschungs- und Entwicklungszentrum des Unternehmens in Rüsselsheim seinen Teil dazu beiträgt, zukunftsfähige, verbrauchsarme und umweltschonende Fahrzeuge auf den Markt zu bringen, die dann auch von den Kunden akzeptiert werden. Wir sind zuversichtlich, dass

gerade OPEL diese Lektion gelernt hat, da die jetzigen Probleme des ehemaligen Mutterkonzerns GM genau hier ihre Wurzel haben. Am Ende

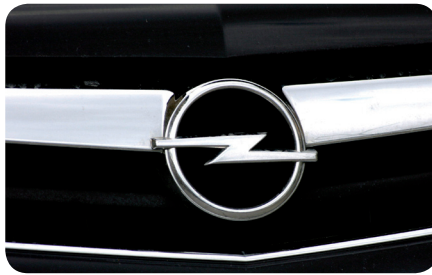


Foto: www.pixelio.de

wollte die Spritfresser selbst in den USA niemand mehr kaufen.

Die Fraktionen von CDU, FDP, SPD

Unabhängige Prüfung

und GRÜNEN haben bei Enthaltung der Linken grünes Licht für die Bürgschaft gegeben. DIE GRÜNEN begrüßen, dass dem ernsthaften Entscheidungsprozess eine unabhängige Plausibilitätsprüfung des Konzeptes von Magna zugrunde lag.

Wir haben nun die realistische Mög-

lichkeit, das vorhandene technische Wissen und die Arbeitsplätze in der Rhein-Main-Region zu erhalten. Dabei ist es uns GRÜNEN wichtig deutlich zu machen, dass die Entscheidung für OPEL nicht einfach auf andere

Modell nicht einfach übertragbar

Unternehmen wie zum Beispiel Arcandor/Karstadt zu übertragen ist. Das Bedürfnis nach individueller, allerdings umweltfreundlicherer Mobilität wird zukünftig fortbestehen und ist nur mit anspruchsvollen technischen Lösungen zu befriedigen. Ob im Einzelhandel in 20 Jahren noch Warenhäuser mit Vollsortimenten gefragt sein werden, ist heute nicht zu beantworten. Ein guter Standort für ein Kaufhaus wird im Zweifel von einem Konkurrenten mit einem anderen Konzept weitergeführt, wenn das Entwicklungszentrum von Opel einmal weg ist, kommt es nicht wieder.



INFORMATIONSFREIHEITSGESETZ

GRÜNE legen erneut Gesetzentwurf vor und fordern mehr Transparenz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag haben einen Entwurf für ein Hessisches Informationsfreiheitsgesetz (IFG) vorgelegt. Auch der hessische Datenschutzbeauftragte Professor Dr. Michael Ronellenfisch hat mehrfach die Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes gefordert. Zuletzt stellt er in seinem aktuellen 37. Tätigkeitsbericht fest, dass der moderne Datenschutz einst in Hessen entstand, aber mittlerweile veraltet ist. Das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes gibt es bereits seit dem 1. Januar 2006. Inzwischen haben daneben auch 11 Bundesländer ein Informationsfreiheitsgesetz, das den Informationszugang zu den Landes- und Kommunalbehörden regelt. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern in auch in Hessen mit diesem Gesetz einen allgemeinen Anspruch auf Informationszugang ohne Nachweis

eines rechtlichen Interesses ermöglichen.

Mit dem Anspruch auf Informationszugang wird der Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Mitsprache, mehr Transparenz und mehr bürgerschaftlicher Kontrolle des Verwaltungshandelns erfüllt.

Der erste Entwurf wurde bereits vor Jahren vorgelegt

Den ersten Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz hatten die hessischen Grünen bereits in der 15. Wahlperiode vorgelegt. Nachdem das Bundesinformationsfreiheitsgesetz 2006 in Kraft getreten war, hatte die Fraktion auch im August 2006 einen Gesetzentwurf für ein Landesinformationsfreiheitsgesetz vorgelegt. Die FDP war in der letzten Legislaturperiode auch durch ihren Einsatz für den Datenschutz aufgefallen. Deshalb er-

warten wir von der FDP, dass sie sich in dieser Frage gegen ihren Koalitionspartner durchsetzt und hilft, Hessen aus der Schlusslichtposition in Sachen Informationsfreiheit herauszuholen.

IMPRESSUM

Herausgeberin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350 582
E-Mail: gruene@ltg.hessen.de

V.i.S.d.P.

Mathias Wagner
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion & Layout

Till Haupt
Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Fotos

www.pixelio.de
Till Haupt

